

Sitzungsprotokoll

über die öffentliche Sitzung des **Ausschusses für Kultur, Wirtschaft und Tourismus** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Dienstag, dem **13. Dezember 2022**, um 18.30 Uhr, im Sitzungszimmer EG des Rathauses stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Obfrau
2. Feststellungen im Zusammenhang mit dem Sitzungsprotokoll vom 07.06.2022
3. Berichte
4. Evaluierung Marktgeschehen
5. Ansuchen Salzburg AG - E-Ladestationen
6. Mobilitätskonzept
7. Evaluierung Hallensubventionen
8. Allfälliges

Anwesende:

GV Gerhard Rosenstatter
Stadtrat Johannes Zrust
GV Wolfgang Oberer
GV Kerstin Windbichler
GV Nicole Höpflinger
Stadtrat Johann Peter Pertiller
GV Ing. Franz Peter Wimmer
1. Vizebürgermeisterin Carola Schößwender
GV Dr. Andreas Weiß i.V. für GV Stefanie Brandstätter

In beratender Funktion:

Bürgermeister Ing. Georg Djundja
GV Dominique Nunweiler
GV Vitus Guido Maier

Weiters:

Dipl.-Ing. Christian Rigler, zu Tagesordnungspunkt 5
Gertraud Schnaitl, Wirtschaftsplattform Oberndorf-Laufen zu Tagesordnungspunkt 6
AL Dr. Gerhard Schäffer, Stadtgemeinde Oberndorf

Entschuldigt abwesend:

GV Stefanie Brandstätter
GV Christoph Thür

Schriftführer:

Barbara Engetsberger

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Obfrau

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung um 18:34 Uhr.

Es sind 6 Zuschauer anwesend.

2. Feststellungen im Zusammenhang mit dem Sitzungsprotokoll vom 07.06.2022

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Wirtschaft und Tourismus vom 07. Juni 2022 wurde den Fraktionen fristgerecht übermittelt. Gegen das Protokoll wurden keine Einwendungen erhoben und gilt dieses somit als genehmigt (§ 36 Abs. 4 der Salzburger Gemeindeordnung 2019 – GdO 2019, LGBl. 9/2020, i.d.g.F.).

Die Vorsitzende stellt den Antrag, das Protokoll vom 07. Juni 2022 zu beschließen.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): **Abstimmung erfolgte einstimmig.**

3. Berichte

keine

4. Evaluierung Marktgeschehen

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender bittet die Schriftführerin Barbara Engetsberger in Ihrer Funktion als Zuständige für die Traditionsmärkte seitens der Gemeinde spontan um einen Bericht über den aktuellen Stand. Wie ist die Rückmeldung der Standbetreiber? Wollen sie wieder kommen? Finden sich neue Standbetreiber?

Beim letzten Ausschuss wurde darüber berichtet, dass die Vereine für den Vereinstag beim Markt im Sommer angeschrieben wurden, der Rücklauf jedoch eher holprig war. In der Zwischenzeit fand auch der Simonimarkt statt. Hierzu würde sie gerne wissen, wie das Resümee des Ausschusses ist. Gibt es Änderungsbedarf an der Marktordnung? Fehlt noch etwas? Ist die Auswahl der Standbetreiber so richtig? Passt das Marktgebiet?

Barbara Engetsberger berichtet über die positive Entwicklung der Märkte. Beim Simonimarkt hat am ersten Tag das Wetter nicht so richtig mitgespielt. Am zweiten Tag dafür dann umso mehr. Somit konnten am zweiten Tag sehr viele Marktbesucher das Angebot nutzen. Laut den Standbetreibern war das Publikum auch in Kauflaune, was sehr freut, da dadurch auch das Wiederkommen der Standbetreiber wahrscheinlicher wird. Viele der Betreiber haben sich bereits für den nächsten Markt angemeldet. Einige neue Anmeldungen gibt es auch schon. Viele haben sich den Markt erst einmal in Ruhe angeschaut um zu entscheiden, ob er ihnen als Vertriebsfläche zusagt. Auch der Zuspruch der Schausteller wird besser.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender hat den Simonimarkt persönlich ansprechender empfunden als den Peter-und-Paul-Markt im Sommer. Was ihr am meisten gefallen hat, war, dass er durchgehender war. Lücken konnten geschlossen werden. Die Auswahl der Produkte war sehr bunt. Es wurde an sie herangetragen, dass der Markt schlechter wahrnehmbar ist, wenn am Sonntag der Wochenmarkt wegfällt.

Stadtrat Zrust hat viele positive Rückmeldungen erhalten. Er hätte sogar einen Bekannten welcher überlegt von Wien hier her zum Markt als Standbetreiber zu kommen. Vor allem der Wegfall der sogenannten „Fetzen-Standln“ wird gut aufgenommen.

GV Höpflinger empfand den Markt auch als positiv. Die Unkenrufe, dass nichts los wäre am Markt wurden schnell entkräftet, da wirklich viel Publikum war. In Bezug auf die Sichtbarkeit war die Baustelle im Bahnhofsgebiet eher hinderlich, da dadurch viele Parkplätze für Spaziergeher fehlten. Es waren auch viele Auswärtige aus den Umlandgemeinden da, welche mit dem Fahrrad angereist waren. Die große Auswahl empfand sie als sehr gut.

GV Nunweiler erzählt von den Erfahrungsberichten ihres Mannes Marcel, welcher als Gemeindemitarbeiter die Marktleitung beim Markt übernommen hat. Er habe viele positive Rückmeldungen von den Standbetreibern erhalten, sowohl in Bezug auf das Publikum, als auch auf das Klima zwischen den Marktfahrern. Auch sie selbst ist mit ihren Kindern durch den Markt gegangen und fand ihn sehr gut, da auch das Angebot für Kinder gut ausgebaut ist. Das Finden des Marktes ist ihrer Meinung nach Gewohnheitssache. Das neue Marktgebiet muss sich noch ein bisschen besser herumsprechen, dann sieht sie hier kein Problem mehr.

GV Wimmer schließt sich den positiven Meinungen an. Ältere Herrschaften würden wohl die ursprünglichen Textilvertreiber vermissen. Vielleicht kann man noch ein oder zwei dieser Standbetreiber anlocken.

GV Nunweiler hat mit der Standlerin, welche den großen Textilstand (Schürzen u.ä.) gesprochen. Diese hatte sich wohl bis jetzt nicht getraut das komplette Sortiment mitzunehmen, da sie sich den Markt erst anschauen wollte und nicht mit so viel Publikum gerechnet hat. Wird aber beim nächsten Markt ihr Sortiment erweitern.

GV Wimmer fragt nach der früheren Hutverkäuferin.

Schriftführerin Engetsberger informiert darüber, dass diese wohl nicht mehr als Marktfahrerin unterwegs ist. Begründet durch Covid-19 und ihr Alter.

GV Wimmer schlägt vor andere Hutproduzenten, auch Strohhüte – eventuell auch aus Bayern – anzufragen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender schlägt vor, die Untersbergstraße am Sonntag für alle Standbetreiber freizugeben. Also Standbetreiber umziehen lassen.

AL Dr. Schäffer hält das für organisatorisch schwierig, da die Standbetreiber des Wochenmarktes grundsätzlich ja das Angebot haben, an beiden Tagen stehen zu bleiben. Auch ein Umbau während des Marktweekendes gestaltet sich organisatorisch als schwierig.

GV Wimmer schlägt vor Transparente aufzustellen um die Sichtbarkeit zu erhöhen.

AL Dr. Schäffer weist darauf hin, dass die großen LED-Wände an den Ortseinfahrten geschaffen wurden um der Transparentflut Herr zu werden. Hierzu gibt es auch eine Vereinbarung mit dem Tourismusverband. Diese LED-Wände seien zu verwenden und das Aufstellen von Transparenten ist weitestgehend zu unterlassen, da diese auch verkehrsgefährdend sein können. Transparente seien auch nicht mehr state of the Art.

Schriftführerin Engetsberger weist darauf hin, dass die LED-Wände bereits ein Monat vor Markt mit Werbung für eben diesen bespielt wurden.

GV Rosenstatter schlägt vor, den Markt in der Anlaufphase bis zur Salzburgerstraße zu verlängern.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender klärt darüber auf, dass sich das Marktgebiet nicht über diesen Bereich erstreckt.

Bürgermeister Ing. Djundja stellt fest, dass dies aufgrund der Zufahrt zum Wohnblock in der Untersbergstraße 32 nicht möglich ist.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender schlägt Transparente bei den Gleisen im Parkbereich vor. Grundsätzlich stellt sie fest, dass sich der Markt in die richtige Richtung bewegt. Etwas mehr Werbung würde aber nicht schaden.

GV Oberer widerspricht dem Vorschlag der Transparente im Park. Dies würde Mehranfragen durch andere Veranstalter, welche dort auch Werbung schalten wollen, fördern. Hier dagegenzuwirken sieht er als sehr problematisch. Er würde die Werbung auf den digitalen Plattformen noch verstärken.

GV Wimmer sieht die Transparente im Park als weniger kritisch, da die Gemeinde auf ihrem Grund für ihre Veranstaltung werben würde.

GV Maier findet die Werbung im Park nicht gut. Seiner Meinung nach wird bereits viel Werbung gemacht. Die Verbesserung zum ersten Markt sei offensichtlich. Plakate in den Geschäften, Flyer, LED-Wände und Mitteilungsblatt passt gut. Auch er würde die Werbung in den neuen Medien noch etwas mehr nutzen. Ein paar mehr Schausteller wären noch gut. Transparente aufhängen empfindet er als nicht gut.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender schließt die Runde mit dem Vorschlag, die Marktordnung nächstes Jahr noch einmal zu evaluieren um noch mehr Informationen sammeln zu können.

Dieser Vorschlag wird vom Ausschuss so angenommen.

5. Ansuchen Salzburg AG - E-Ladestationen

Dipl.-Ing. Rigler von der Salzburg AG unterbreitet dem Gremium den Vorschlag E-Ladestationen in der Untersbergstraße im Bereich Kreuzung Brückenstraße Höhe Raiffeisenkasse zu installieren. Die Investition selbst liegt bei der Salzburg AG, die Parkplätze müssten durch die Stadtgemeinde Oberndorf gestellt werden. Vorgeschlagen werden 2 Schnellladestationen mit je 2 Ladepunkten. Somit würden 4 Parkplätze benötigt. Es würde sich um eine Investitionssumme von ca. EUR 200.000, - handeln.

Stadtrat Zrust erwähnt die lange Parkdauer bei den E-Parkplätzen in Weitwörth. Dies sieht er als problematisch, da der Weg in Oberndorf grundsätzlich Richtung Mobilisierung der Parkplätze geht.

Dipl.-Ing. Rigler stellt fest, dass es sich dort um Langsamlader handelt. Die von der Salzburg AG für Oberndorf vorgeschlagenen Schnelllader tanken ein E-Auto im Schnitt bereits in 30 Minuten voll. Alternative Standorte gäbe es wenig, da für Schnelllader eine gewisse Leistung zur Verfügung stehen muss. Diese würde in der Untersbergstraße zur Verfügung stehen, da im Bereich des ehemaligen Gasthauses „Traube“ eine Trafostation ist.

GV Weiß findet die Platzierung nicht gut, da dafür viel gegraben werden müsse, da sich die Trafostation am anderen Ende der Straße befindet. Er würde das untere Ende der Unterbergstraße bevorzugen.

Dipl.-Ing. Rigler stimmt hier von technischer Sicht zu. Die gewählten Parkplätze seien als Belohnung für E-Auto-Benutzer zu sehen. Die Position sei aber nicht fix. Darüber würde die Stadtgemeinde selbst entscheiden können.

GV Maier fragt nach, ob es Konsequenzen gibt, wenn diese Parkplätze länger benutzt werden.

Dipl.-Ing. Rigler berichtet, dass die Abrechnung per Stunde läuft. Somit würde es für die E-Auto-Fahrer teurer werden. Eine Gesetzesgrundlage für die Abrechnung nach kW/h würde aktuell noch fehlen. Nach Umsetzung dieser, sollen Strafen für zu langes Blockieren der E-Tankstellen seitens der Salzburg AG ausgesprochen werden.

GV Maier will wissen wie viel die E-Ladestationen am Bahnhof und bei der Lokalbahnstation in Ziegelhaiden benutzt werden.

Dipl.-Ing. Rigler sieht die Benutzung als mittelmäßig an, da P&R Parkplätze eher unvorteilhaft sind, da dort viele Pendler ihr Auto den ganzen Tag stehen lassen. Somit würde das Laden dort sehr teuer werden. Die Zielgruppe für E-Ladestations-Benutzer sei eine andere.

GV Nunweiler weist auf die Wichtigkeit der vorgeschlagenen Parkplätze für die Bevölkerung hin. Vor allem für Ältere und Familien seien die kurzen Fußwege wichtig. Die Parkplätze ans Ende zu setzen sei aber eine Bestrafung für E-Mobilität. Daher schlägt sie vor die Ladestationen in die Mitte zu setzen.

GV Oberer findet die Parkplatzreservierung für E-Autos unfair. Was, wenn in Zukunft in diesem Bereich Parkgebühren eingehoben werden, zahlt diese dann die Salzburg AG? Er will auch wissen, ob die Stadtgemeinde Oberndorf eine Provision bekommen würde.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, ob es auch andere wirtschaftliche Möglichkeiten gibt.

Dipl.-Ing. Rigler bejaht dies. Grundsätzlich könne die Finanzierung auch über die Stadtgemeinde getätigt werden. Die Salzburg AG würde sich dann um den Hotline-Service, die Abrechnung und Ähnliches kümmern. Der Tarif für den Strom würde dann von der Stadtgemeinde festgelegt werden und die Salzburg AG bekäme eine 15%ige Umsatzbeteiligung für die Abwicklung. Er weist aber darauf hin, dass dies bei Schnellladern eher unwirtschaftlich sei, da sich die Investitionskosten lange nicht amortisieren würden.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender fragt nach warum Schnellladestationen angeboten werden.

Dipl.-Ing. Rigler sieht den großen Vorteil in der Mobilisierung der Parkplätze.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender informiert das Gremium darüber, dass Nußdorf zum Beispiel keine Schnelllader hat. Hier gab es ein Investitionsvolumen auf EUR 2.000, - für die normalen Ladestationen.

Dipl.-Ing. Riegler ergänzt, dass die Gesamtkosten sich hierfür auf EUR 20.000, - belaufen. In Nußdorf gab es eine Teilfinanzierung durch die Salzburg AG.

GV Wimmer sieht eher den Vorteil in dem Betrieb durch die Salzburg AG und würde Parkplätze auf Höhe der Privathäuser bevorzugen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender sieht die gewählten Parkplätze auch eher problematisch, da diese viel von Pendlern benutzt werden. Sie fragt nach, warum 4 Parkplätze benötigt werden.

Dipl.-Ing. Rigler stellt fest, dass die Errichtungskosten für zwei Parkplätze zu hoch wären. Diese belaufen sich auf 2/3 der Gesamtkosten. Somit wären zwei Parkplätze nicht wirtschaftlich.

GV Rosenstatter will wissen, ob die Stationen erweiterbar wären, sollte die E-Mobilität weiter zunehmen.

Dipl.-Ing. Rigler bestätigt dies. Es wäre nur eine dementsprechende Leitungstärke nötig. 2 Lader benötigen 300 kW. Eventuell wäre auch ein Trafotausch möglich, falls das Trafohaus dies zulassen würde, oder man errichtet eine neue Trafostation.

Bürgermeister Ing. Djundja sieht die Herangehensweise grundsätzlich problematisch. Immerhin stehe ein Geschäftsmodell einer externen Firma dahinter. Wenn man die Möglichkeit für die Salzburg AG schafft, müsse man dies auch für andere Firmen gewährleisten. Es sei nicht die Uraufgabe der Gemeinde öffentlichen Raum für Fremdinvestitionen zur Verfügung zu stellen. Andere Unternehmen bekommen ja auch keine Möglichkeit Gemeindegrund für ihre Geschäftsmodelle kostenlos zu nutzen. Er sieht die Mobilität als wichtig für Oberndorfer*innen. Er sieht den Bedarf eher in anderen Bereichen, da die Parkplätze sowieso immer Thema sind in Oberndorf. Er würde den Vorschlag nicht unterstützen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender hatte ähnliche Überlegungen. Der Landesrechnungshof hätte Oberndorf ja auch schon wegen den Hallensubventionen gerügt. Hier wäre es ein ähnliches Thema und es würde sich nicht einmal um einen Verein, sondern um ein außenstehendes Unternehmen handeln.

AL Dr. Schäffer sieht bei diesem Thema eine weitere Herausforderung. Die Parkplätze sind dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Daher können sie nicht einfach einem gewissen Teil der Menschheit zur Verfügung gestellt werden. Auch wäre hier eine Umwidmung des Grundstückes nötig. Die Parkplätze hinter dem Stadtamt wären passend gewidmet. Trotzdem sei ein Nutzungszins zu verrechnen.

Dipl.-Ing. Rigler sieht den Vorteil in der Attraktivierung der Gemeinde. Es gäbe auch die Möglichkeit einer Umsatzbeteiligung. Z.B. ein Cent pro kWh.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender erteilt das Wort an einen der anwesenden Besucher.

Herr Strasser (Stadthotel) sieht hier einen Nachteil für die Wirtschaft. Diese würde in diesem Bereich jeden Parkplatz benötigen. Hinter dem Stadtamt wäre ok. Er findet es problematisch, dass das Parken für Benzin und Diesel betriebene Autos auf den Parkplätzen dann nicht gestattet wäre.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender findet den vorgeschlagenen Standort auch nicht gut.

GV Windbichler ist selbst E-Auto-Fahrerin. Sie sagt, jeder plant seinen Strom und sieht Oberndorf nicht als die Stadt, zu der man zum Laden hinfahren würde. Daher sind 4 La-

destationen und diese noch dazu im Zentrum unnötig. In der Ladezeit geht man eher nicht shoppen oder ähnliches. Daher sieht sie wenig Gewinn für die Wirtschaft.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender erzählt von Erwähnungen, dass zum Schnellader in Lamprechtshausen wohl direkt hingefahren wird. Teilweise würden die Autos Studien zufolge von der A1 abfahren, in Lamprechtshausen laden und dann wieder zurück zur Autobahn fahren.

GV Weiß sieht dadurch die Möglichkeit des Heranzüchtens von sinnlosem Verkehr in Oberndorf durch Tanktouristen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, ob das Thema weiterverfolgt werden soll.

GV Nunweiler sieht den Bedarf, es muss aber ein Geschäft für die Gemeinde sein und darf die Wirtschaft nicht blockieren. Sie fragt nach einem Gegenangebot.

GV Höpflinger fragt nach, ob jemand weiß ob die Ladestationen beim E-Room privat sind.

Stadtrat Pertiller, welcher selbst viel im E-Auto unterwegs ist, bleibt beim Laden nicht sitzen. Er konsumiert eher in der Zwischenzeit. Die E-Room Stationen seien in der App als öffentlich definiert.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender berichtet, dass Nußdorf die Stationen auf belegt stellt, wenn Veranstaltungen sind, um die Parkplätze wieder für den öffentlichen Verkehr zugänglich zu machen.

GV Rosenstatter empfiehlt der Salzburg AG sich an einen Privatunternehmer zu wenden, der Parkplätze zur Verfügung stellen würde. Er schlägt Hofer oder ähnliche Unternehmen vor.

Herr Strasser bietet die Parkplätze vor seinem Hotel an, sollte dies finanziell für ihn interessant sein.

Dipl.-Ing. Ripler will wissen, wie das weitere Vorgehen sein soll.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender fasst zusammen, dass aktuell kein aktives Interesse der Gemeinde auf öffentlichen Grund bestehen würde.

Bürgermeister Ing. Djundja schlägt vor über das vorgeschlagene Konzept abzustimmen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender lässt darüber abstimmen.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig abgelehnt.

6. Mobilitätskonzept

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender eröffnet den Tagesordnungspunkt mit einer Einschätzung ihrerseits. Das Mobilitätskonzept soll ein wichtiger Richtwert für die Zukunft sein. Sie habe mit Frau Schnaitl als Vertreterin der Wirtschaft gesprochen. Die Wirtschaft stehe dem Konzept grundsätzlich positiv gegenüber. Die aktuell geplanten Änderungen wurden von ihr mit der Wirtschaft besprochen. In diesem Zuge kamen einige Fragen auf.

Frau Schnaitl will wissen, ob eine Untersuchung der Frequenzänderung der Kunden gemacht wurde.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender wisse nichts davon. Die Zahlen wurden durch Kameras erhoben. Die Verkehrsteilnehmer wurden gezählt.

Frau Schnaitl fragt wie die Entwicklung zu erwarten sei. Mehr Fußgänger, Autos, Radfahrer?

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender erwähnt den Wunsch, dass der Durchzugsverkehr gehemmt werden soll. Somit solle eine Erleichterung für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden.

Frau Schnaitl fragt, ob es Erhebungen zu Veränderungen für die Wirtschaft gäbe.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender verneint dies.

Frau Schnaitl will noch wissen, ob es Städte gibt, in denen ein solches Konzept umgesetzt wurde um Vergleiche für die Wirtschaft ziehen zu können.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender gibt an, dass es ihres Wissens nach kein Wirtschaftsfeedback zu diesem Thema gibt.

Frau Schnaitl stellt fest, dass ihrer Meinung nach genau das fehlt. Es soll ja auch um die Attraktivität der Wirtschaft gehen. Der stationäre Handel muss erhalten bleiben. Dafür ist eine einfache Erreichbarkeit nötig. Änderungen in den Straßenzügen müssen unbedingt mit der Wirtschaft abgestimmt werden. Für diese seien Fußgänger nicht die priorisierten Kunden. Auch die Logistik (Anlieferungen etc.) müssen mitbedacht werden. Die Wirtschaft will besser mit einbezogen werden. Sie wünschen sich eine Möglichkeit mitzumachen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender stellt fest, dass der Prozess selbst sich bereits in der letzten Ausarbeitungsphase befindet. Das Booklet hierzu ist bereits in Vorbereitung. Die Wirtschaft soll natürlich bestehen bleiben. Auch Erweiterungen dieser sollen nach wie vor möglich sein. Sie fragt in die Runde, ob man die Planer erneut darüber arbeiten lassen soll und die gewünschten Erhebungen machen soll.

GV Höpflinger möchte darauf hinweisen, dass es für die Erarbeitung dieses Konzeptes viele Arbeitsgruppen gab. Bei einigen davon war die gesamte Bevölkerung und somit auch die Wirtschaft eingeladen mitzuarbeiten. Von den Wirtschaftsvertretern war aber nie jemand anwesend. Die Einladungen wurden über das Mitteilungsblatt, Facebook, die Gem2Go App und ähnliches versendet und waren somit für alle ersichtlich. Sie lässt das Argument, dass die Wirtschaft nicht eingeladen wurde also nicht gelten.

GV Maier stellt noch fest, dass einige Arbeitsgruppen geschlossen sind. Diese dienen dazu, erste Ideen zu entwickeln. Zu diesem Zeitpunkt sei eine Mitarbeit der Bevölkerung und der Wirtschaft noch nicht sinnvoll. Die Öffentlichkeitsarbeit selbst werde im Anschluss über Bürger-Cafés und ähnliches gemacht, zu dem dann ja alle Bürger geladen sind. Eventuell könne man, falls dies erlaubt wäre, die Wirtschaft zu solchen Arbeitsgruppen mit dazu nehmen.

Bürgermeister Ing. Djundja informiert das Gremium darüber, dass die Arbeitsgruppen nicht über die Salzburger Gemeindeordnung geregelt werden. Daher kann jeder geladen werden. Andere Dinge sind sehr wohl geregelt, so dürfen zum Beispiel bei einer Ausschusssitzung keine Zuschauer zu Wort kommen. Dies unterstütze auch den Grundgedanken der Demokratie, in der das Volk durch die von ihm gewählten Vertreter sprechen könne.

Stadtrat Pertiller stellt fest, dass es die Wirtschaft verabsäumt hat, die ihnen offerierten Möglichkeiten zu nutzen. Trotzdem solle es für die Gemeindevertretung und alle anderen Gremien wichtig sein, die Wirtschaft im Ort zu erhalten um die Arbeitsplätze zu sichern.

GV Maier ist sich sicher, dass keiner in der Gemeindevertretung gegen die Wirtschaft arbeiten würde. Er schlägt vor, noch einmal eine Veranstaltung zu machen, damit die Wirtschaft ihre Interessen mitteilen kann.

Frau Schnaitl geht davon aus, dass die Wirtschaft im Normalfall mitbedacht wird.

GV Weiß möchte festhalten, dass es sich hierbei um ein Konzept handelt. Ein Konzept sei nur eine Denkmöglichkeit und kein fixer way to go. Der Ausweichverkehr zur Brückenstraße ist ein wichtiger Punkt dieses Konzeptes. Das Ziel der Arbeitsgruppe war aktuell nur, das vorgeschlagene Konzept durchzugehen und die Ansätze zu verstehen. Wenn es in Richtung Beschluss gehen soll, dann muss natürlich noch genauer darüber gesprochen werden. Erst zu diesem Zeitpunkt sei es nötig, großflächig zu informieren und gemeinsam mit den Interessensgruppen einen Weg zwischen Konzept und Realität zu finden, welcher dann auch umgesetzt werden könne. Hierzu müssen dann Experten geladen werden, Daten erhoben werden und viele Stunden Arbeit investiert werden. Ein Konzept sei ein Konzept und kein Beschluss.

Stadtrat Zrust möchte noch einmal feststellen, dass es unerlässlich ist, sollte irgendwann an eine (Teil-)Umsetzung des Konzeptes gedacht werden, dass noch einmal parteiübergreifend mit der Wirtschaft und allen anderen Interessensgruppen gesprochen werden muss.

GV Wimmer fügt noch hinzu, dass dieses Konzept ja in Kürze auch wieder veraltet ist. Dies bezieht er auf die Veränderung der Taktzeiten der Lokalbahn auf 15 Minuten. Auch seien in dem Konzept irrwitzige Ideen enthalten, die ja nur ein Gedankenanstoß sein sollen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender bittet darum das Mobilitätskonzept als Orientierungshilfe zu sehen. Es sei eine Hilfestellung, wenn man daran arbeiten wolle, einzelne Bereiche abändern zu wollen, oder zu müssen.

Bürgermeister Ing. Djundja möchte sich in diesem Zuge bei Landesrat Mag. Stefan Schnöll bedanken der es Dank einer Subvention möglich gemacht habe, dass sich die Gemeinden mit dem Thema Mobilität befassen können. Er bedankt sich auch bei den vier von fünf Fraktionen, die an diesem Konzept mitgearbeitet haben. Er dankt auch der Wirtschaft für die Stellungnahme. Wenn man an einer Stelle dreht, so hat dies unweigerlich Auswirkungen auf eine andere Stelle. Fußgänger, Kinderwagen, Rollstuhlfahrer, Autos, Räder und alle anderen Verkehrsteilnehmer müssen mitbedacht werden. Das Konzept ist als Gedankenbasis zu sehen. Für eine Detailausarbeitung seien natürlich Planer nötig. Auch Experten würden sich teilweise widersprechen. Er erwähnt auch die Anwesenheit des Juniorchefs der Firma Ablinger bei der Öffentlichkeitsarbeit. Das Ziel müsse sein den Standort Oberndorf zu attraktiveren, aber auch sicherer zu machen. Die Zebrastreifen in Oberndorf gehören teilweise zu den gefährlichsten in ganz Salzburg. Das Beispiel der Ortsumfahrung zeigt, was im Endeffekt alles nötig ist, damit solche Konzepte irgendwann in realistische Planungen umgewandelt und dann umgesetzt werden können.

GV Nunweiler hebt noch einmal hervor, dass es sich hier um einen laufenden Prozess handelt, der uns noch lange beschäftigen wird.

GV Weiß bittet darum nicht mit dem Konzept und den darin enthaltenen Skizzen hausieren zu gehen, da dies nur für Verwirrung und Verunsicherung sorgt. Dies würde zur Gerüchtebildung beitragen.

Stadtrat Pertiller erwähnt noch einmal das Verkehrsproblem im Ort. Der Verkehr sei mittlerweile wieder ähnlich wie vor der Umfahrung. Was aber genau umgesetzt werden kann und wird, wird die Zeit zeigen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender stellt fest, dass die Wirtschaft nicht extra geladen war. Fügt aber hinzu, dass dies für zukünftige Besprechungen des Themas zumindest mitbedacht wird.

7. Evaluierung Hallensubventionen

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender bittet Amtsleiter Dr. Schäffer um Erläuterung des Themas.

AL Dr. Schäffer erklärt dem Gremium, dass es sich hier hauptsächlich um die Nutzung der Aula der Leopold Kohr SMS und die der Stadthalle handelt. Das Thema beziehe sich nur auf Veranstaltungen, nicht aber auf die Trainingsmöglichkeiten der Vereine. Bei Veranstaltungen werden folgende Bereiche verrechnet: Miete, Stühle, Tische, Bühnenelemente, Müllabfuhrgebühr und Reinigung.

Kostenvergleich der Jahre 2019 und 2022, da 2020 und 2021 durch die Covid-19 Pandemie nicht herangezogen werden können:

2019:

2x TVB (1x Aula, 1x Stadthalle) EUR 2.800, -
Salzburger Nachrichten EUR 688, -
Pfadfinder Oberndorf EUR 616, -
Kinderfreunde EUR 1.000, -
EKIZ EUR 616, -
Leopold-Kohr Stammtisch EUR 214, - (Leopold-Kohr-Saal)
Honky Tonk EUR 690, -
Turnverein Oberndorf EUR 20.562, - (für alle Spiele)
Elternverein HAK EUR 1.280, -
Kunstaussstellung EUR 1.737, -
Stadtkapelle EUR 967, -
OSK Turniere EUR 6.723, -
Polizei Gschnas EUR 532, -

2022:

8x TVB EUR 14.343, -
Stadtkapelle EUR 1.929, -
EKIZ EUR 651, -
Liedertafel EUR 756, -
Pfarre Oberndorf EUR 865, -
SNO Integrationsfest EUR 624, -
Elternverein VS EUR 651, -
HAK Maturaball EUR 519, -
Fotoclub EUR 1.058, -
TVO-Volleyball EUR 14.930, -
OSK Turniere EUR 5.334, -
Gesamt EUR 42.000, - ohne Hallenstunden der Vereine

Der Landesrechnungshof fordert für alle Subventionen eine genaue Berechnung und deren Beschluss durch die Gemeindevertretung.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender fragt, ob es sich beim TVB um einen Verein handle. Von den Kosten her stelle dieser und der TVO die größten Beträge.

Bürgermeister Ing. Djundja erläutert, dass es sich beim TVB nicht um einen Verein, sondern um einen Verband handelt.

Stadtrat Zrust erwähnt die Gewinnorientierung der TVB-Veranstaltungen. Hier würden Einnahmen durch Eintrittsgelder lukriert.

Stadtrat Pertiller stellt klar, dass es sich beim TVB nicht um einen Verein handelt. Er sei natürlich auch keine gewinnorientierte Firma, sondern arbeitet für den Ort. Er geht davon aus, dass der TVB über das Jahr gesehen nicht viel Gewinn macht, da das Geld ja wieder in den Ort investiert wird.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, welche Voraussetzungen für eine Subvention erfüllt werden müssen.

AL Dr. Schäffer klärt über den Ablauf auf. Es müsse ein Antrag gestellt werden, der richtige Ausschuss muss über diesen beraten und dann die Subvention zur an die GV zur Beschlussfassung empfohlen werden. Im Grunde gibt es keine Richtlinie, wer eine Subvention anfragen darf. Über den einzelnen Beschluss entscheidet die Gemeindevertretung.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, ob man Subventionen unterschiedlich formulieren kann. Könnte man also einen Sportverein anders behandeln als zum Beispiel den TVB.

AL Dr. Schäffer beantwortet die Frage. Hierfür müssten Subventionsrichtlinien definiert werden. In diesen könnte man dann die Einschränkungen definieren.

GV Nunweiler will wissen, ob Strom, Wasser und Reinigung in den Subventionen inkludiert sind.

AL Dr. Schäffer bejaht dies. Erwähnt aber auch die teilweise immense Aufbauzeit durch den Bauhof.

GV Nunweiler würde Dinge, die direkt von der Gemeinde gestellt werden, wie zum Beispiel die Arbeitsleistungen des Bauhofes nicht ändern. Sie würde aber externe Leistungen wie Strom, Wasser und Müll verrechnen. Mittlerweile sei viel los in Oberndorf. Um das beizubehalten müsse man die vorhandenen Ressourcen ordentlich nutzen. Zusätzliche Kosten, für die die Gemeinde eine Rechnung von Externen bekommt würde sie in Rechnung stellen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, ob man grundsätzlich an der Zusammensetzung der Subventionen drehen sollte.

GV Nunweiler verneint dies. Das würde im Prinzip nichts ändern.

GV Oberer bittet in den Diskussionen nicht auf die Schüler zu vergessen. Diese würden ja auch regelmäßig in der Stadthalle turnen. Wir sollten froh sein, dass mittlerweile so viel los ist in Oberndorf. Das Herauspicken einzelner Positionen könnte eventuell mehr Aufwand als Ertrag bedeuten.

GV Weiß ist anderer Meinung. Der Bauhof sei ja auch nicht gratis. Die Miete würde man verlangen um alles erhalten zu können. Man könnte ja gegen die Subventionen Stimmen, wenn

es sich um gewinnorientierte Veranstaltungen handelt. Für Subventionen würde man einen triftigen Grund benötigen. Wenn es den gibt, kann man diese ja bewilligen. Grundsätzlich wäre es ja bereits Usus, Veranstaltungen ohne Oberndorfbezug nicht zu subventionieren. Die jeweilige Entscheidung solle der GV beim jeweiligen Antrag überlassen werden. Er würde Konzerte und ähnliches nicht subventionieren.

GV Höpflinger würde gewinnorientierte Veranstaltungen nicht subventionieren. Die Veranstalter könnten die anfallenden Kosten ja in die Ticketpreise einfließen lassen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender will wissen, ob das dann auch für zum Beispiel den OSK gelten würde. Möglicherweise könnte man die Subventionen an der Jugendförderung festmachen.

AL Dr. Schäffer wirft ein, dass dies zur Benachteiligung wichtiger anderer Vereine führen würde. So würde zum Beispiel der Seniorenbund aus den Subventionen fallen.

GV Nunweiler schlägt vor die Subvention über die Einnahmensumme zu regulieren. Diese sei ja aufgrund des Eintrittspreises zu eruieren.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender findet die richtige Formulierung für die Einschränkung der Subventionen schwierig, da sehr darauf geachtet werden müsse, niemanden zu benachteiligen, den man eigentlich subventionieren will.

GV Weiß will wissen wo die Grenze ist. Den OSK zum Beispiel sieht er als subventionswürdig an. Einen Kabarettisten nicht.

GV Maier würde es so belassen wie es aktuell ist. Auch der TVB sei nicht reich. Er weißt darauf hin, dass es sogar noch mehr Vereine gäbe, die sich über eine Subvention freuen würden. Als Beispiel nennt er den Boxclub.

GV Wimmer ist derselben Meinung. Er sieht die bereits beschlossene Bevorzugung der Schulen durchaus schon als Einschränkung, da durch diese viele Termine unter der Woche nicht mehr möglich seien.

GV Windbichler sieht die Einnahmen des TVBs als Vorteil für Oberndorf. Diese würden ja wieder in den Ort reinvestiert. Als Beispiel dafür nennt sie das Honky Tonk. Dieses Kriterium würde sie als Entscheidungsgrundlage nehmen.

Stadtrat Zrust würde Oberndorfer Vereine auf jeden Fall unterstützen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender schlägt vor sich die Zahlen vom TVB offenlegen zu lassen. Richtig sei, dass Einnahmen, welche im Ort bleiben auch gefördert werden sollten. Sie seien ja eine Investition in den Ort.

Bürgermeister Ing. Djundja weißt darauf hin, dass die Zahlen des TVB offenliegen. Diese wären allen Fraktionen durch die TVB-Sitzungen zugänglich. Diese seien also sehr transparent. Das Thema selbst wurde aus der Budgetsitzung mitgenommen. Wie bereits allen bekannt sein sollte steht Oberndorf vor einer großen Herausforderung bei den Finanzen. Das Budget sei ja immer schwierig. Trotzdem waren bei der Budgetsitzung nur SPÖ und ÖVP anwesend. Diese würden bei dem Thema aber an einem Strang ziehen. Die EUR 42.000, - beziehen sich ja nur auf die Subventionen der Hallen Nutzung. Insgesamt beziehen die Oberndorfer Vereine ca. EUR 220.000, - an Subventionen. Dafür seien die Vereine sehr dankbar und wir seien sehr dankbar für die Vereinsarbeit. Im aktuellen Jahr seien aufgrund diverser Verschiebungen viele Veranstaltungen. Die Stadthalle sei ein attraktiver Veranstal-

tungsort. Daher gäbe es des Öfteren Terminkollisionen. Er schlägt vor den Termin mit der Hauptschuldirektion abzuwarten. Grundsätzlich gäbe es ja bereits eine Vereinbarung mit dem TVB über die Hallenteilnutzung unter der Woche. Hierbei geht es darum, dass die Halle für diese Termine unter Tags zu 2/3 von der Schule genutzt werden kann und das letzte Drittel für die Vorbereitungen vom TVB abgetrennt wird. Auch wurde an den TVB herangetragen die Veranstaltungen eher in die Ferien zu verlegen. Er schlägt vor nächstes Jahr eine erneute Evaluierung zu machen. Natürlich würde das Streichen von Subventionen das Budget entlasten, würde aber zulasten der Vereine gehen. Dies sieht er als sehr kritisch. Er würde das Thema mit der Jahresrechnung 2024 erneut auflegen.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender sieht es als wichtig an, alle Aspekte durchzusprechen. Dies würde die Entscheidung leichter machen.

Stadtrat Zrust sieht das Verlegen der Veranstaltungen in die Ferien eher problematisch, da zu dieser Zeit weniger Publikum da sei.

GV Oberer sieht das Vereins- und Veranstaltungswesen als Investition in unsere Zukunft.

Stadtrat Pertiller will wissen wie hoch die Müllgebühren pro Veranstaltung sind.

AL Dr. Schäffer kann dies nicht im Einzelnen beantworten, da die Müllgebühren pauschal abgerechnet werden. Die Reinigungsgebühren werden anhand eines Angebotes der Firma Sodexo für Aula und Stadthalle abgerechnet. In diesem steht genau, wie viel welcher Bereich der Hallen pro Reinigung kostet.

GV Wimmer will wissen ob externe Veranstalter mehr bezahlen.

AL Dr. Schäffer weist auf die dazugehörige Tarifordnung hin. Nach dieser würden alle Kosten berechnet.

GV Wimmer will wissen, ob man dies grundsätzlich machen könnte.

Bürgermeister Ing. Djundja bejaht dies. Es wäre bereits eine Erhöhung im Haushaltsbeschluss inkludiert. Durch diese wurde die Miete erhöht. Durch die Subventionen würden diese ja eh nur bei externen Veranstaltern tragend werden.

Obfrau 1. Vizebürgermeisterin Schößwender schließt die Diskussion mit der Bitte dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt einfach noch einmal zu evaluieren.

8. Allfälliges

Keine!

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen schließt die Obfrau die Sitzung um 20:44 Uhr.

Der Schriftführer:

Die Obfrau:

gez. eh.
eh.

gez. 1. Vizebürgermeisterin Carola Schößwender